Ansprache zur 50jährigen Wiederkehr der Gründung der Vereinigung

Prof. Dr. Ulrich Scheuner, Bonn

In diesem Jahr blickt die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer auf ein halbes Jahrhundert seit ihrer Gründung zurück, freilich nicht auf eine ununterbrochene Tätigkeit, weil sie in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland ihre Tätigkeit eingestellt hatte und erst 1949 wieder von neuem ins Leben gerufen wurde. Die Vereinigung ist im deutschen Sprachkreis eine Stätte der wissenschaftlichen Arbeit, der persönlichen Begegnung und der Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg gewesen. Im Blick auf ihre Wirksamkeit in dieser Zeitspanne, von der 30 im Druck vorliegende Verhandlungsberichte zeugen¹⁾, besteht Anlaß, der Vereinigung in dieser Stunde der Rückbesinnung eine Erfüllung ihres wissenschaftlichen Auftrags und einen wertvollen Anteil an der Entwicklung der Staatsrechtslehre zuzuerkennen.

Es ist nicht ganz leicht, das Wesen und die Leistung dieser Vereinigung in einer kurzen Formel auszudrücken. Sie ist in erster Linie eine Stätte des wissenschaftlichen Gesprächs und der persönlichen Berührung unter den Vertretern des Faches, aber sie ist wohl längst mehr geworden: ein Kreis von Menschen, der über die Gemeinsamkeit des Faches hinaus hier auch einen festen Maßstab wissenschaftlicher Leistung — und ich meine, keinen geringen —, eine Unterstützung durch kritische Klärung und wohl schließlich auch ein Stück Geborgenheit in der Verbundenheit strenger wissenschaftlicher Haltung findet.

Bei der Gründung der Vereinigung hat Heinrich Triepel, Herr Hesse hat daran erinnert²⁾, ihr zwei Aufgaben gestellt: die wissenschaftliche Diskussion und die persönliche Verbindung unter den Mitgliedern. Die Vereinigung hat diesen Aufgabenkreis ausgefüllt, und in dieser Verknüpfung von wissenschaftlichem Austausch und personaler Zusammenfassung liegt ihre eigentliche Bestimmung. In dieser Definition ihrer Funk-

¹⁾ Nicht in den Veröffentlichungen der Vereinigung erschienen das Referat der ersten Tagung von 1922, das Richard Thoma über das richterliche Prüfungsrecht erstattete. Es findet sich veröffentlicht in AÖR 43 (1922) S. 267 ff.

²⁾ Hesse AÖR 97 (1972) S. 345.

tionen, die auch die Satzung enthält, liegt zugleich aber auch die Abgrenzung gegenüber Tätigkeiten, von denen sich die Vereinigung ferngehalten hat. Sie ist keine berufliche Organisation und auch keine politische Verbindung. Sicherlich wird damit weder verkannt, daß die Wissenschaft des öffentlichen Rechts nicht ohne Berührung mit dem politischen Hintergrund des Verfassungsrechts wie auch des Verwaltungsrechts arbeiten kann. Das ist in den Erörterungen der Vereinigung niemals verkannt worden, und sie hat allezeit auch Gelehrte sehr verschiedener Anschauung in ihren Reihen gehabt. Aber zu Recht hat sich die Vereinigung von allen politischen Stellungnahmen ferngehalten. Sie hat so gut wie niemals von der in ihrer Satzung erteilten Ermächtigung zu Eingaben an amtliche Stellen Gebrauch gemacht. Sie hat dies nur im Hinblick auf Fragen des akademischen Unterrichts und seiner Reform getan. Diese Zurückhaltung ist sicherlich ein guter Brauch der Vereinigung, zumal bei ihrer grenzüberschreitenden Zusammensetzung.

Ungeachtet der Aktualität mancher Themen haben auch die Diskussionen der Vereinigung im allgemeinen keinen rechtspolitischen Charakter getragen. In den Ländern, aus denen die Mitglieder der Vereinigung kommen, bestehen andere Institutionen, vor allem in der Bundesrepublik und Österreich die Juristentage, in der Schweiz der Schweizerische Juristenverein, die sich diese rechtsgestaltende Aufgabe besonders zum Ziel gesetzt haben. Dem steht nicht entgegen, Herr Ipsen hat darauf aufmerksam gemacht³⁾ daß gelegentlich auch zwischen Erörterungen der Juristentage und denen unseres Kreises inhaltliche Verbindungen sich ergeben haben. Auch den Berufs- und Standesfragen hält die Vereinigung sich fern. Nur zu den Problemen unmittelbaren wissenschaftlichen Interesses, die den Hochschulunterricht betreffen, hat sie — übrigens im Rahmen der Zusammenkünfte der Mitglieder, nicht bei den eigentlichen Tagungsdiskussionen — Stellung genommen.

So liegt denn der eigentliche Schwerpunkt der Vereinigung in dem alljährlich sich erneuernden Austausch über Themen des Faches. Führt man sich die geschichtlichen Ereignisse vor Augen, die im letzten halben Jahrhundert gerade die Mitte des europäischen Kontinents erschüttert haben, so ist die Bewahrung der Kontinuität dieses Gespräches schon ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung der Staatsrechtslehre. In den Jahren nach 1933 stellte die Vereinigung von sich aus ihre Arbeit ein, aber sie hat doch vermocht, eine Linie der Tradition von der

³⁾ AÖR 97 (1972) S. 387.

ersten deutschen Republik her zu erhalten. Der Gang der Geschichte wirkt freilich auch auf ihre Gegenwart ein. Nach dem Tode von Erwin Jacobi wird die Lehre in einem Staate des deutschen Sprachraums von der Vereinigung nicht mehr erfaßt.

Es könnte von hohem Reiz sein, dem Bilde des Staates nachzugehen, wie es sich im Laufe der Zeit in der Vereinigung geboten hat. Die sichere Anerkennung des Staates noch in den 20er Jahren, die Skepsis nach 1945, die sich in der stärkeren Herausstellung des Rechtsgedankens und der Verfassung zeigt, ließen sich hier beobachten. Auf der anderen Seite begegnet eine durchgehende Linie rechtsstaatlichen Denkens, aber auch die Entwicklung von einer hoheitlich gesehenen Staatsvorstellung zum Leistungs- und Sozialstaat, dessen Wesen mehr im Dienst an den Menschen, mehr von der Funktion als von der Autorität und der Macht her gesehen wird.

Der Vorstand hat dafür gesorgt, daß in zwei Beiträgen von Herrn Ipsen und von mir — im Archiv des öffentlichen Rechts⁴⁾ — ein Überblick über den wissenschaftlichen Ertrag der Verhandlungen zu erbringen versucht worden ist. In der Auswahl der Themen für die Erörterungen hat neben der Aktualität doch stets auch der Gesichtspunkt der Bedeutung für die Fortentwicklung der wissenschaftlichen Durchdringung des Staats- und Verwaltungsrechts eine entscheidende Rolle gespielt. Ohne auf die unfruchtbare Bahn rein methodischer Diskussionen zu geraten, hat die Vereinigung doch immer auch den Grundproblemen des Verfassungs- und Verwaltungsrechts eine Beachtung geschenkt und nicht zum wenigsten darin möchte ich eine Garantie für die Höhe und die zeitüberdauernde Bedeutung ihrer Debatten sehen. Gesetzesrecht und administrative Organisation sind heute mehr denn je in steter Bewegung, und Einzelheiten der rechtstechnischen Gestaltung können rasch überholt werden. In dem Abstand zum Tage, in dem die Verhandlungen der Vereinigung die Grundfragen und die tragenden Gesichtspunkte der behandelten Probleme herausarbeiten, liegt darum auch die Gewähr, daß hier wirklich der Rechtsentwicklung von einem tieferen und umfassenderen Blickpunkt aus nachgegangen wird. Das schließt es keineswegs aus, daß die bestehenden Unterschiede der Anschauungen klar hervortreten. Gerade dann, wenn solche wissenschaftlichen Kontroversen deutlich zur Sprache kamen — ich erinnere für die Weimarer Zeit an die Diskussion um die Methodenfrage, den Ge-

⁴⁾ Siehe AÖR 97 (1972) S. 349 ff., 375 ff.; siehe auch Konrad Hesse dort S. 345 ff.

setzesbegriff und die Grundrechtsinterpretation und für die neuere Zeit an die Erörterungen um die Relation von Rechts- und Sozialstaat, um die Bedeutung des Haushalts oder um die weitere Ausgestaltung des Rechtsstaats auch in den bisher stärker von der Verwaltung gestalteten Gebieten, endlich an die Debatte um die Funktion der Grundrechte im Leistungsstaat — kam es auch zu Höhepunkten in den Verhandlungen unserer Vereinigung. Diese Möglichkeit, so möchte ich hoffen, sollte unserem Kreis erhalten bleiben. Die Wissenschaft des öffentlichen Rechts sieht sich durch den Verlauf der Entwicklung, gerade in der Gegenwart, vor immer neue Probleme gestellt, die oft bis in ihre Grundlagen zurückreichen. Mehr vielleicht als in früheren Jahren sind viele Angehörige des Faches schon in jüngeren Jahren zu beratenden Funktionen und rechtspolitischen Aufgaben aufgerufen. Um so wichtiger ist es, in den Diskussionen dieser Vereinigung der Aussprache über die großen Grundfragen und der Distanz zur Tagesarbeit ihr volles Gewicht zu geben.

Man wird der Vereinigung bescheinigen dürfen, daß sie immer eine in der älteren Tradition des Faches begründete weitere staatswissenschaftliche Orientierung gezeigt hat. Sie hat sich nicht mit der Interpretation von positiven Normen und mit Fragen der juristischen Konstruktion begnügt, sondern hat auch die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen des Rechts in ihre Betrachtung einbezogen. Die Wirklichkeit ist nicht zu kurz gekommen, gerade in der Analyse gesellschaftlicher Veränderungen haben manche Tagungen Bedeutendes geleistet. Der Blick der Vereinigung hat sich in diesen letzten Jahren wohl auch einmal auf Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Politikwissenschaft und der Soziologie gerichtet⁵⁾. Aber die Lage eines überbordenden Methodenstreites und eines oft realitätsfernen Modelldenkens, der in erheblichen Teilen dieser Wissenschaftszweige jedenfalls in der Bundesrepublik derzeit besteht, läßt es doch richtig erscheinen, daß diese notwendige Ergänzung der rein rechtlichen Betrachtungsweise in Aufnahme der Überlieferung staatswissenschaftlichen Denkens in den ei-

⁵⁾ In einer Empfehlung hat sich die Mitgliederversammlung in Kiel am 7. 10. 1964 für eine Errichtung von Lehrstühlen der Wissenschaft von der Politik in den Rechtswissenschaftlichen Fakultäten und für Verbindung mit dieser Lehre ausgesprochen (siehe AÖR 89 (1964) S. 485 f.). Die gleiche Empfehlung sprach eine aus Vertretern der Vereinigung der Staatsrechtslehrer und der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zusammengesetzte Kommission erneut 1967 aus unter Betonung der notwendigen Zusammenarbeit (siehe AÖR 92 (1967) S. 542 f.).

genen Reihen der Staatsrechtswissenschaft geleistet werde. Wenn man wünschen möchte, daß dies in breitem Maße geschehe, darf man doch feststellen, daß auch bisher die Vereinigung sich hier auf gutem Wege befunden hat.

In den 30 Bänden der Veröffentlichungen spiegelt sich sehr wesentlich die Entwicklung unserer Wissenschaft. Gewiß stellen sie in der ansteigenden Flut der öffentlichrechtlichen Literatur nur einen schmalen Fluß dar. Aber die Form, wie hier auch stets die weitere literarische Diskussion in den gründlichen Berichten aufgenommen wird, gewähren die Verhandlungen doch einen Überblick der gesamten wissenschaftlichen Erörterungen der behandelten Themen. In manchen Fragen, etwa der Grundrechtsdiskussion der Weimarer Epoche, bei der Einordnung von Parteien und Verbänden, der Durchdringung des Schulrechts und der Erfassung der Relation zwischen Staat und Wirtschaft, haben die Verhandlungen neue Wege bahnen helfen. Man darf dabei gewiß die unmittelbare Auswirkung auf die staatliche Praxis nicht überschätzen. Wissenschaftliche Tiefe bedeutet auch eine gewisse Distanz, und so wirken unsere Debatten oft mehr in mittelbarer Übersetzung auf die Entwicklung rechtlicher Begriffe und Anschauungen ein.

Für die Breite der Grundlage und die Vertiefung der Probleme ist es von unschätzbarem Gewicht gewesen, daß schon bald nach Beginn der Vereinigung sich ihr Gelehrte aus anderen Ländern des deutschen Sprachkreises anschlossen. Das hat nicht nur erlaubt, durch die kritische Würdigung auch anderer Lösungen und Anschauungen die Basis der Diskussion zu verbreitern. In dieser über die Grenzen reichenden Zusammenarbeit liegt auch in der Zeit der Bewegung und der Unsicherheit ein fester Halt, den wir besonders in den ersten Nachkriegsjahren dankbar empfunden haben, als wir die Stütze der in der neueren Zeit so schön aufgeblühten schweizerischen Staatsrechtslehre erfahren durften. Die Anwesenheit unserer österreichischen Kollegen bringt uns, vielleicht in einem allmählich zurückgehenden Maße, neben einer eigenständigen Rechtsentwicklung auch eine besondere methodische Haltung nahe, deren Achtung des bestehenden Rechts bisweilen den Gegenpart hält zu der Wissenschaft in der Bundesrepublik mit ihrer Neigung zur starken Beachtung tatsächlicher Entwicklungen und zu einer sehr freien, in Grundrechtsfragen wohl mitunter fast überkühnen Interpretationskunst. Daß auch ein Gelehrter der französischen Rechtstradition zu uns gehört, der sich sehr um die lebendige Verbindung der beiden Rechtssysteme verdient gemacht hat, dürfen wir mit Freude feststellen. Diese Weite der Vereinigung ist nicht einer ihrer geringsten Vorzüge. Das

empfinden wir an diesem schönen Orte besonders deutlich, der so sehr geeignet ist, uns am Sitze des ehemaligen Primas von Deutschland an alte Bande der gemeinsamen Geschichte zu erinnern.

Ein wesentliches Element der Vereinigung bliebe aber unerwähnt, wenn man nicht von ihrer Bedeutung für den persönlichen Verkehr der Mitglieder spräche. Vielen von Ihnen wird es gegangen sein, wie mir einst in der Münsterer Tagung von 1926, daß sie als Assistenten des Tagungsortes zuerst Gelegenheit hatten, einen Kreis zu sehen, in den sie erst später einzutreten hofften. Damit aber gewannen die Stimmen, die bisher gewissermaßen nur als abstrakte gedruckte Aussagen vernehmlich waren, unmittelbar Klang und Leben, wenn nun Anschauung und Person in ihrer personalen Verbindung erfaßt werden konnten. Die gegenseitige Berührung hat sicherlich der Härte der Kontroversen, der kritischen Auseinandersetzung keinen Abbruch getan. Aber sie läßt über allen Diskussionen und Gegensätzen das gemeinsame Ziel wissenschaftlicher Bemühung deutlich werden, sie knüpft Bande der Achtung und der Freundschaft, die der Fruchtbarkeit der Debatten zu gute kommen und das gegenseitige Verständnis erleichtern.

Nach einem Zeitabschnitt der größeren Ruhe, der den kriegsrischen Ausbrüchen dieses Jahrhunderts gefolgt ist, treten wir wieder in eine Epoche erneuter Unruhe, oft stürmischer Kritik des Bestehenden, jedenfalls aber der Neugestaltung auf vielen Gebieten ein. Die Aufgabe dieser Vereinigung wird damit nicht geringer. Ich möchte ihr wünschen, daß sie ihre innere Geschlossenheit, ihr auf echter wissenschaftlicher Gesinnung beruhendes Maß an Anforderungen und, trotz ihres Anwachsens auf rund 220 Mitglieder, ihre freundschaftliche Atmosphäre zu bewahren vermag. Wenn derzeit eine ältere Generation, zu der ich mich gewiß rechnen muß, abtritt, kann sie mit Befriedigung eine breite Schicht vorzüglicher jüngerer Lehrer des Rechts vor sich sehen, bereit nun die Verantwortung in einer Zeitspanne zu übernehmen, für die wir der Vereinigung alles Gute auf den Weg wünschen mögen. Möchte sie bleiben, als was sie sich heute darstellt: eine Stätte fruchtbarer wissenschaftlicher Aussprache, ein Impuls und ein Maßstab für die Wissenschaft des öffentlichen Rechts, ein Kreis im Dienst der Forschung geeinter und freundlich verbundener Gelehrter.